

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Finanzen</b>	Datum <b>27.11.2006</b>
	Schriftführer <b>Rolf Büchel</b>
	Telefon-Nr. <b>02202/142607</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Finanz- und Liegenschaftsausschuss</b>	<b>Sitzung am Mittwoch, dem 18. Oktober 2006</b>
Sitzungsort  Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:05 Uhr - 18:45 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)  keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

- A    Öffentlicher Teil**
- 1.    Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
  - 2.    Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 24.08.2006 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)**  
*493/2006*
  - 3.    Mitteilungen des Vorsitzenden**
  - 4.    Mitteilung des Bürgermeisters**
  - 5.    Änderungsvereinbarung zum Trägerschaftsvertrag Bürgerzentrum Refrath Steinbreche**  
*360/2006*
  - 6.    Verlängerung des Besitzüberlassungsvertrages Bürgerzentrum Schildgen**  
*437/2006*

7. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**  
**- Jahresbericht 2005**  
**- Wohnungsbauprogramm 2006**  
*471/2006*
8. **Jahresabschluss 2005 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**  
*472/2006*
9. **Gebäudeauswahl und Maßnahmebeschluss für ein kombiniertes Wärme- und Energieeinsparcontracting 2007**  
*286/2006*
10. **Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**  
*489/2006*
11. **Zwischenbericht 2006 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" zum 30.06.2006 gemäß § 20 EigVO i.V.m. § 11 der Betriebssatzung**  
*488/2006*
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

**B Nichtöffentlicher Teil**

1. **Bericht über die Durchführung der in den Sitzungen des Finanz- und Liegenschaftsausschusses gefassten Beschlüsse (Nichtöffentlicher Teil)**  
*494/2006*
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilung des Bürgermeisters**
- 4.-5. **Grundstücksangelegenheiten**  
*474/2006 und 490/2006*
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.  
Er begrüßt den Stadtkämmerer Herrn Mumdey zu seiner ersten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und wünscht ihm für seine Zukunft, verbunden mit dem Wunsch nach einer guten Zusammenarbeit, alles Gute. <-@

#### 2 Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 24.08.2006 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen. <-@

#### 3 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Herr Freese teilt mit, dass nach Rücksprache mit dem Schriftführer die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses bis zur nächsten Sitzung vorgelegt wird, da durch die Aufstellung des Haushalts 2007 andere Aufgaben im Vordergrund standen.  
Weiterhin erinnert Herr Freese die Ausschussmitglieder daran, dass bis zum 16.11.2006 alle Vorschläge zur strategischen Steuerung und Wirkungsziele abgegeben werden müssen, damit in der Sitzung am 07.12.2006 diese Handlungsfelder mit den Ausschussmitgliedern beraten werden können. <-@

#### 4 Mitteilung des Bürgermeisters

@-> Mitteilungen des Bürgermeisters liegen nicht vor.

Herr Ziffus fragt an, ob die Fachausschusssitzungen von Dezember in den Januar verlegt werden, da der Haushalt erst im Februar verabschiedet werden soll.

Hierzu erklärt Herr Muth, dass es vor der Verabschiedung des Haushaltes am 01.03.2007 noch einen Ausschusszyklus gibt. Einzig der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport muss seine Haushaltsplanberatungen bereits im Dezember abschließen, da dies die letzte Sitzung des ABKSS vor der Verabschiedung des Haushaltes sein wird.

Herr Mumdey erklärt ergänzend, dass es noch zwei größere Veränderungen geben wird. Zum einen wird das Rechnungsergebnis 2006 deutlich günstiger ausfallen als im Haushalt eingeplant, so dass sich der Ansatz zur Abdeckung der Fehlbeträge aus Vorjahren deutlich verändern wird. Zum zweiten findet Anfang November die nächste Steuerschätzung statt und er rechnet damit, dass die Orientierungsdaten sich im Dezember nochmals verändern, so dass es zu Veränderungen auf der Einnahmenseite kommt. Diese Veränderungen sollten, wenn Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit angestrebt werden, berücksichtigt werden.

Zu den aktuellen Steuereinnahmen führt Herr Muth aus, dass bei der Gewerbesteuer von einem Ansatz von 27,85 Mio. € ausgegangen wurde und die aktuelle Einnahme derzeit bei 35,15 Mio., also 7,3 Mio. € über dem Ansatz liegt. Beim Einkommensteueranteil wurde mit einem Ansatz von 40 Mio. € gerechnet und derzeit liegt die Einnahme bei 43,2 Mio. €. <-@

## **5 Änderungvereinbarung zum Trägerschaftsvertrag Bürgerzentrum Refrath Steinbreche**

@-> **Abstimmungsergebnis:** einstimmig

### **Beschlussvorschlag:**

<-@

@-> Der Trägerschaftsvertrag wird in der vorliegenden Form beschlossen <-@

## **6 Verlängerung des Besitzüberlassungsvertrages Bürgerzentrum Schildgen**

@-> Herr Nagelschmidt möchte den Anteil der Fremdvermietung wissen.

Die Verwaltung sagt eine Klärung bis zur Ratssitzung zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

### **Beschlussvorschlag:**

<-@

@-> Der Besitzüberlassungsvertrag wird in der vorliegenden Form beschlossen. <-@ <-@

## **7 Wohnungssituation in Bergisch Gladbach** **- Jahresbericht 2005** **- Wohnungsbauprogramm 2006**

@-> Herr Muth bittet die Ausschussmitglieder die Seite 29 der Einladung auszutauschen.

Herr Waldschmidt merkt zu der Bestandsentwicklung an, dass diese Anlass zur Besorgnis gibt. Der Anteil der geförderten Wohnungen ist in den letzten Jahren abgefallen. Derzeit stagniert er; aber in den nächsten 2-5 Jahren werden weitere 800 Wohnungen aus der Wohnungsbindung herausfallen. Dies wird zu größeren

Problemen bei einem bestimmten Klientel führen. Herr Waldschmidt macht auf einen Ratsbeschluss aufmerksam, in dem beschlossen wurde, jährlich 100 Wohnungen zu fördern. Dieser Beschluss wurde im letzten Jahr nicht mehr umgesetzt. Aber selbst wenn er zukünftig umgesetzt würde, käme es zu einer Verknappung von Wohnraum. Hier muss trotz der angespannten finanziellen Situation der Stadt nach Lösungen gesucht werden.

Herr Ziffus erklärt, dass die Situation im Grunde bedeutet, in den nächsten Jahren Grundstücke aus städt. Mitteln zur Verfügung zu stellen, damit die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft zu entsprechenden Preisen bauen kann. Weiterhin möchte er wissen, ob es konkrete Überlegungen gibt, Gebiete zu erschließen, wo soziale Bodennutzung angedacht war (z.B. Stadtgarten Bensberg oder ASB-Gebiet in Hebborn).

Herr Nagelschmidt regt an, die Vorlage über den Wohnungsbericht zukünftig zuerst im Sozialausschuss und anschließend im Finanz- und Liegenschaftsausschuss zu behandeln. Weiterhin regt er an, diese Vorlagen den Mitgliedern der RBS zur Verfügung zu stellen, damit auch hier die Situation gesamtstädtisch verdeutlicht wird. Im Gegensatz zu Herrn Ziffus denkt er aber, dass die Aufsichtsbehörde die Stadt verpflichtet wird, die Grundstücke zu Verkehrswerten zu verkaufen und eine Vorgehensweise wie am Pannenberg nicht den Wünschen der Aufsichtsbehörde entspricht.

Herr Dr. Fischer sieht die Situation nicht so kritisch, da seiner Meinung nach ein Wegfall der Miet- bzw. Belegungsbindung nicht gleichzeitig mit einer Mieterhöhung einhergeht. Desweiteren ist die Zahl der Wohnungssuchenden in den letzten Jahren zurückgegangen.

Herr Hoffstadt findet die Diskussion müßig, in welchem Ausschuss diese Vorlagen behandelt werden. Man müsste vielmehr zu praktischen Schritten kommen. Er sieht die Meinung von Herrn Dr. Fischer als falsch an, da er eher glaubt, dass durch die ganze soziale Situation der Personenkreis, der wohnungsmäßig versorgt werden muss, immer größer wird. Er bittet Herrn Martmann um eine Liste über die potenziell bebaubaren Grundstücke. Danach könnte überlegt werden, ob man nicht mit der RBS noch mal in etwas größerem Maße und mit einer gewissen Konsequenz ins Geschäft kommen könnte. Dies müsste geprüft werden. Er sieht auf jeden Fall einen politischen Handlungsbedarf.

Herr Nagelschmidt möchte vom Vorsitzenden wissen, was formal zu tun ist, um diese Vorlage zukünftig zuerst im Sozialausschuss und erst dann im Finanz- und Liegenschaftsausschuss zu beraten.

Er glaubt, dass es kein Problem der Investoren ist, sondern nur ein Mangel an geeigneten Grundstücken ist.

Weiterhin führt er aus, dass nicht die Miethöhe das Problem darstellt. Vielmehr ist festzustellen, dass an bestimmte Problemkreise Wohnungen nur von institutionellen Vermietern vermietet werden, da die Hemmschwelle der privaten Vermieter zu groß ist. Daher wird seiner Meinung nach sozialer Wohnungsbau benötigt, der üblicherweise überwiegend bei institutionellen Investoren vorhanden ist.

Herr Freese stimmt Herrn Nagelschmidt zu, die Beratungsreihenfolge zukünftig zu ändern.

Herr Muth merkt an, dass die Haushaltssituation früher entschieden besser war als heute und dass die derzeitigen Haushaltsprobleme sich auch in der mittelfristigen Finanzplanung sehr stark fortsetzen. Insofern ist die freie Masse, die zukünftig für die Erreichung des Ratsbeschlusses (Errichtung von 100 Wohnungen jedes Jahr) zur Verfügung stehen könnte, noch nicht erkennbar. Er sieht die Problematik beim Auslauf der Preisbindung allerdings nicht in der Verengung des Wohnraumes, da dieser noch vorhanden ist. Jedoch stimmt er zu, dass es im sozialen Wohnungsbau weniger Wohnungen geben wird, da der Mietpreis nach Preisbindungsende in aller Regel angehoben wird.

Auf den Einwand der Baulandverknappung von Herrn Ziffus erläutert Herr Muth, dass unter Ziffer 2.6 der Vorlage auf die sozialgerechte Bodennutzung, die auch im Haushaltssicherungskonzept steht, Bezug genommen wird. Die soziale Komponente würde dadurch berücksichtigt, dass die Grundstücke unter dem Verkehrswert angeboten werden.

Weiterhin bestätigt er, dass die Vorlagen, die den sozialen Wohnungsbau betreffen, zuerst im Sozialausschuss beraten werden können. Dafür ist keine gesonderte Beschlussfassung erforderlich.

Herr Martmann bestätigt, dass bereits in der Vergangenheit einiges an sozialem Wohnungsbau durchgeführt wurde, in der Regel zu von der Stadt subventionierten Grundstückspreisen. Er weist darauf hin, dass zusätzlicher sozialer Wohnungsbau nur durch Anbieten günstiger Grundstücke erfolgen kann. Dabei sind der Stadt derzeit jedoch die Hände gebunden, da sie die Grundstücke nur zum vollen Wert verkaufen kann, da das Geld dringend für Sanierungsmaßnahmen an Schulen benötigt wird. Letztlich handelt es sich um eine Finanzdiskussion, bei der die Bereitschaft bestehen muss, Teile der Finanzen, die heute noch im freien Bereich liegen, in den Grundstücksbetrieb mit einzubeziehen. Der Handlungsspielraum, bezogen auf die subventionierten Preise, ist jedoch sehr eingeschränkt. Auch wäre es ein Ansatz, bei den nächsten Bebauungsplänen in größeren Baugebieten ganz bewusst auf die Ausweisung von drei- und viergeschossigen Geschosswohnungsbau mit ebenerdigen Stellplätzen zu achten. Damit kann dann gezielt an Investoren herangetreten werden. Der Bestand an städtischen Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau ist in den letzten Jahren durch Verkäufe drastisch zurückgegangen.

Herr Freese macht darauf aufmerksam, dass die bisherige Grundstücksvorratspolitik überdacht werden muss. Hier sollte man kurzfristig aktiv werden.

Herr Hoffstadt bittet die Verwaltung, Grundstücke und Investoren zu suchen.

Herr Ziffus stellt die Frage, ob es zukünftig eine Mehrheit im Rat dafür gibt, auch in den Zentren wieder auf 4 1/2geschossigen Wohnungsbau zu ermöglichen. <-@

## **8 Jahresabschluss 2005 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**

@-> Herr Waldschmidt und Frau Böcher verlassen den Sitzungsraum und nehmen an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Herr Rickes möchte wissen, bis wann eine Risikovorsorgeplanung, die derzeit noch nicht existiert, aber jedoch vorgeschrieben ist, vorliegt.

Herr Muth gibt Herrn Rickes Recht, dass formal ein Risikofrüherkennungssystem erstellt werden sollte. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit so ein Risikofrüherkennungssystem nicht mehr Aufwand verursacht als es dann tatsächlich kostet, da es sich bei der Stadtverkehrsgesellschaft nur noch um eine „Rumpfgesellschaft“ handelt. Da die Gesellschaft selber immer wieder zur Disposition steht, unterliegt der Aufsichtsrat sowieso einer permanenten Überwachung.

Herr Rickes weist darauf hin, dass es neben der Problematik der Pleiten der großen Gesellschaften noch einen zweiten Grund gibt, weshalb das Risikofrüherkennungssystem gefordert wird, nämlich der, dass normalerweise risikobedrohende Vorfälle den Aufsichtsgremien nicht zur Kenntnis kommen, wenn es innerhalb der Geschäftsführung diskutiert wird. Somit ist seiner Meinung nach, der Kontrollauftrag dieses Instrumentes nicht erfüllt.

Herr Muth sagt zu, den von Herrn Rickes entwickelten Gedanken dem Beteiligungsmanagement vorzutragen.

Herr Dr. Fischer fragt nach, ob die Abdeckung dieser Verluste zu den freiwilligen Leistungen zählt. Des weiteren möchte er wissen, ob es richtig ist, dass die Verluste in diesem Jahr deutlich zurückgehen.

Herr Muth antwortet auf die Fragen von Herrn Dr. Fischer, dass es sich nach der formalen Ausgestaltung um freiwillige Leistungen handelt, soweit es gewisse Dienstleistungen sind, die die Stadtverkehrsgesellschaft erbringt. Unabhängig davon ist die Schülerbeförderung, die mit einfließt und eine gesetzliche Leistung darstellt, nicht freiwillig. Die Beantwortung der Frage nach der Größenordnung der Kosten für die Schülerbeförderung wird bis zur Ratssitzung zugesagt.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden Beschlussvorschlag:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Beschlussvorschlag:**

<-@

@-> Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2005 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen; die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31.12.2005 einen Jahresverlust in Höhe von 290.071,50 € aus; der aus der Kapitalrücklage abzudecken ist
2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten und
3. für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2006 die Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen. <-@

Herr Waldschmidt und Frau Böcher kehren in den Sitzungsraum zurück.

9 **Gebäudeauswahl und Maßnahmebeschluss für ein kombiniertes Wärme- und Energieeinsparcontracting 2007**

@-> Die Verwaltung verweist zunächst auf die umfangreiche Vorlage.

Herr Nagelschmidt weist aus aktuellem Anlass darauf hin, dass zunächst einmal geprüft werden sollte, ob diese Maßnahmen über Dritte abzuwickeln sind, da die allgemeine politische Erfahrung sagt, dass die Verwaltung es nicht unbedingt billiger durchführen kann als private Unternehmen.

Herr Waldschmidt findet die Aufwandspauschale an unterlegene Bewerber als nicht erforderlich, da solche Angebote ohnehin nur von größeren, finanzkräftigen Firmen abgegeben würden. Hierzu möchte er die Einschätzung der Verwaltung hören.

Herr Martmann erläutert, dass es drei große Kostenblöcke im Bereich des Grundstücksbetriebes gibt. Hierbei handelt es sich um die Bereiche Personal, Gebäudereinigung und die Energiebewirtschaftung. Der vierte große Block ist die Unterhaltung, wo versucht wird, die Ausgaben mittelfristig zu steigern. Bei der Energiebewirtschaftung ist es ein weiterer Einstieg zur Energieeinsparung in Verbindung mit Neuinvestitionen durchzuführen, die für einige Anlagen auch gesetzlich zwingend vorgeschrieben sind. Dies ist ökologisch und auch ökonomisch sinnvoll. Bei der Vielzahl von Maßnahmen ist es wünschenswert, möglichst viele Angebote zu bekommen. Die Aufwandspauschale soll daher einen zusätzlichen Anreiz darstellen. Dies könnte insgesamt wirtschaftlicher sein, da es einen größeren Wettbewerb gibt.

Herr Ricking stellt klar, dass es sich bei den 10.000 € um einen Gesamtbetrag für alle unterlegenen Anbieter handelt. Bei der großen Anzahl der Objekte, die ins Contracting aufgenommen werden sollen, ist eine Angebotserstellung sehr zeitaufwändig. Bei evtl. 5 Anbietern entfallen 2.500 € auf jeden Anbieter, was seiner Meinung nach für den Arbeitsaufwand einer Angebotserstellung nicht zuviel ist. Zum Punkt 1 erläutert Herr Ricking, dass es sich um eine Contractingmaßnahme handelt und die Verwaltung nicht in der Lage ist, eine solche Maßnahme ohne fremde Hilfe zu erstellen. Unter Eigenregie ist gemeint, dass die Stadt fremde Firmen für die einzelnen Gewerke beauftragt und auch bezahlt. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch Dritte. Es wird im Grunde genommen ein Generalunternehmer für die Dauer von 15 Jahren beauftragt.

Herr Dr. Fischer fragt die Verwaltung, ob sie Chancen sieht, dass möglicherweise die Kommunalaufsicht aus übergeordneten Gründen eine Aufstockung der Grenze der finanziellen Mittel zulässt, damit die Kosten von ca. 900.000 € für das Wärmecontracting nicht mit anderen Maßnahmen im Investitionsbereich konkurriert. Oder geht die Verwaltung davon aus, dass es schließlich doch über den Contractor laufen muss, was wahrscheinlich teurer wird, da dieser höhere Zinsen nimmt. Wenn dann das Forfaiting ansteht, muss die Kommunalaufsicht wieder eingeschaltet

werden. Von daher hält er es für sinnvoller, vorher eine Einigung über das Verfahren mit der Kommunalaufsicht herbeizuführen.

Herr Martmann erläutert, dass die Verwaltung nicht davon ausgeht, dass die Kommunalaufsicht davon überzeugt werden kann, dass diese Maßnahme wirtschaftlich ist und somit aus der normalen Verschuldungsgrenze herausfällt. Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder werden die 900.000 € im Rahmen der Wirtschaftsplanberatungen bzw. des gesamten Haushaltsplanes aufgenommen oder die Contractinggeber übernehmen die Finanzierung. Die führt dann zu etwas höheren, jährlichen Zahlungen, was dann etwas unwirtschaftlicher wäre, aber den Erfolgsplan belasten würde. Man geht jedoch davon aus, dass die Maßnahme in jedem Falle durchgeführt werden kann.

Herr Nagelschmidt beantragt, die Contractingvariante durchzuprüfen und anschließend im Ausschuss nochmals zu beraten, bevor die Maßnahme in Eigenregie der Stadt durchgeführt wird.

Herr Martmann erklärt, dass zu jedem einzelnen Contractingvertrag auch eine eigene Vorlage dem Ausschuss vorgelegt wird und die wirtschaftlichste Variante vorgeschlagen wird. Bei der jetzigen Vorlage handelt es sich lediglich um einen grundsätzlichen Beschluss, die die weitere Vorgehensweise darstellt, jedoch nicht davon entbindet, die Wirtschaftlichkeit im Einzelfall vorzulegen.

Herr Dr. Kassner möchte, dass der Ausschuss laufend über die Maßnahmen informiert, um evtl. auch eine „Notbremse ziehen können“, wenn dies erforderlich wird. Es muss verhindert werden, dass die Stadt ihre Ausgaben nach außen verlagert und nicht mehr weiß, was passiert.

Herr Freese weist nochmals auf die Wichtigkeit der Maßnahme hin und bittet um den Beschluss.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Beschlussvorschlag:**

**<-@**

@->

1. Das kombinierte Energieeinspar- und Wärmecontracting und das Beleuchtungs-Contracting werden für die vorgeschlagenen Gebäude ausgeschrieben. Die Finanzierung des Wärme- und Beleuchtungs-Contractings soll aus Mitteln des Wirtschaftsplanes des Fb 8 erfolgen. Eine Vergabe erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die jeweilige Contracting-Maßnahme kostengünstiger umzusetzen ist, als eine konventionelle Sanierung in Eigenregie. Die Vergabe des Beleuchtungs-Contractings erfolgt unter dem zusätzlichen Vorbehalt, dass sich die notwendigen Investitionen über die eingesparten Betriebskosten innerhalb der technischen Lebensdauer der Anlage refinanzieren lassen.

Es wird angestrebt, für die Ausschreibung nur eine begrenzte Zahl von Bewerbungen zu erhalten.

2. Sollten im Wirtschaftsplan keine Mittel für die Maßnahme zur Verfügung stehen, wird als Alternative vorgeschlagen, die Finanzierung der unter 1.

vorgeschlagenen Maßnahmen dem oder den Contractoren zu übertragen.

3. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich
  - der Mittelbereitstellung im Wirtschaftsplan 2007 ff und
  - der Mittelbereitstellung durch die KfW, oder der Zustimmung durch die Kommunalaufsicht zu einem bürgerschaftsähnlichen Rechtsgeschäft im Zusammenhang mit einer Forfaitierung (Finanzierung durch den Contractor) <-@

## **10 Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**

@-> **Abstimmungsergebnis:** einstimmig

### **Beschlussvorschlag:**

<-@

@-> Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2005 in Aktiva und Passiva mit 100.262.303,73 €  
  
Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 1.081.331,00 € fest.
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2005 fest.
3. Der Jahresüberschuss 2005 wird nach Abzug der lt. Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr beschlossenen Abführung an den städtischen Haushalt (510.000,00 €) in Höhe von 571.331,00 € auf neue Rechnung vorgetragen. <-@

## **11 Zwischenbericht 2006 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" zum 30.06.2006 gemäß § 20 EigVO i.V.m. § 11 der Betriebsatzung**

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen. <-@

## **12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> **Herr Ziffus:**

Im Rahmen der Sanierung des OHG lagen Wochen und Monate Teile der Dachkonstruktion mit den darin enthaltenen Glasfasermatten offen lagen, wodurch evtl. gesundheitsgefährdenden Glasfasern wurden über die Luft in der Schule verteilt

wurden. Kollegen von Herrn Ziffus, die dort arbeiten, klagten in dieser Zeit über gesundheitliche Beeinträchtigungen. Er wüsste gerne, wie die Stadt dieses Problem sieht.

**Herr Nagelschmidt:**

1. Er möchte zum Schulzentrum Ahornweg wissen, warum dort in den Ferien keine Arbeiten stattgefunden haben.
2. Zum Verkauf des Grundstückes Fasanenstraße möchte er wissen, ob es notwendig war, die Kanalleitung dort vorzuhalten, und was eine Verlegung gekostet hätte.
3. Zur Übernahme der Schulen in den Fachbereich Grundstückswirtschaft möchte er wissen, wie hoch der Anteil der Schulden ist, die ebenfalls vom Eigenbetrieb übernommen werden und nach welchen Kriterien diese Schulden ermittelt werden.

Herr Kleine bittet darum, dass zukünftig das zentrale Controlling eingeladen wird, wenn es Tagesordnungspunkte gibt, zu denen das zentrale Controlling etwas sagen kann. <-@

Da keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, um 18:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.